



NABU-Kernforderungen zur Bundestagswahl 2021



Die Bundestagswahl 2021 ist wichtig für die Natur: Die nächste Bundesregierung hat die Chance, bei der Klima- und Biodiversitätskrise das Ruder herumzureißen – und so dramatische ökologische, soziale und finanzielle Folgen zu vermeiden. Die zukünftige Bundesregierung kann eine Vorreiterrolle in Europa und weltweit einnehmen und die Weichen stellen für eine lebenswerte, gesunde Zukunft für uns alle. Dafür müssen die Klima- und die Artenkrise Priorität bekommen. Denn schon heute erleben wir: Wälder brennen. Böden vertrocknen. Wasservorräte werden knapp. Fischbestände kollabieren. Müllberge wachsen. Die weltweiten Tierbestände gingen in den letzten Jahren um fast 70 Prozent zurück. Rebhuhn, Kiebitz und viele wichtige Bestäuber drohen für immer aus unseren Landschaften zu verschwinden. Wir müssen diesen „Krieg der Menschheit gegen die Natur“ (UN-Generalsekretär António Guterres) beenden, bevor der globale Biodiversitätsverlust und die Erderüberhitzung unaufhaltbar werden. Dafür brauchen wir einen grundlegenden Wandel in unserer Art zu leben und zu wirtschaften.

Es geht um unseren Wohlstand und unsere Lebensgrundlagen

Die Ziele sind durch nationale und internationale Abkommen unmissverständlich formuliert: Die Erderhitzung muss auf möglichst 1,5 Grad begrenzt werden. Die Natur muss wieder in einen guten Erhaltungszustand versetzt werden. Leider hängt Deutschland in der Erfüllung der selbstgesteckten, und der Weltgemeinschaft zugesicherten Zielen hinterher. Dementsprechend muss die nächste Bundesregierung diesen Zielen endlich entsprechende Maßnahmen folgen lassen.

Mit mehr als 820.000 Mitgliedern und Fördernden ist der NABU der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. Wir werden die Mitglieder und Förder*innen des NABU und alle Bürger*innen dazu aufrufen, am 26. September zur Wahl zu gehen – und Natur-, Umwelt- und Klimaschutz bei ihrer Wahlentscheidung zur Priorität zu machen. Wir möchten alle demokratischen Parteien dafür gewinnen, mit konsequenten und glaubwürdigen Programmen gegen das Massenartensterben und gegen die Erderhitzung um diese Stimmen zu werben.

Kontakt

NABU-Bundesverband

Leif Miller

NABU Bundesgeschäftsführer

Tel. +49 (0)30 284 984 1110

Leif.Miller@NABU.de

Wenn wir jetzt sagen, dann meinen wir: Jetzt.

Klar ist: Unser Lebens- und unsere Wirtschaftsweisen müssen sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grundlegend ändern: Weniger konsumieren, ressourcenschonender produzieren und unseren Fleisch- und Energieverbrauch verringern. Dafür muss die Politik naturverträgliches Verhalten belohnen statt Überproduktion zu subventionieren oder den Verbrauch fossiler Ressourcen. Wir haben es noch in der Hand, den notwendigen Umbau der Wirtschaft, weg von einer fossilen Vergangenheit hin zu einer erneuerbaren Zukunft, sozial verträglich zu gestalten. Dazu brauchen wir Zusammenhalt im Wandel, der rechtzeitig eingeleitet werden muss. Wir sind davon überzeugt, dass wenn wir jetzt klug die Weichen stellen, Arbeitsplätze mit Zukunft in allen Landesteilen entstehen können, der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt wird und Klimakrise und soziale Fragen gleichzeitig adressiert werden. Wir wünschen uns ein lebenswertes Land, das die Grundlagen für das Wohlergehen von Mensch und Natur sichert und das diesen Weg demokratisch im gesellschaftlichen Dialog gestaltet.

Die Bundestagswahl entscheidet, in welche Richtung Deutschland in den nächsten vier Jahren geht. Wahlkampf muss deshalb mehr sein als pfiffige Slogans und von Wahlplakaten lächelnde Gesichter. Wir setzen uns als Naturschutzbund Deutschland dafür ein, dass die folgenden Forderungen und Fragen im Wahlkampf, in den Wahlprogrammen der Parteien und für die Wahlentscheidung vieler Menschen eine wichtige Rolle spielen:

Inhaltsverzeichnis der acht Kernforderungen

- 1. Unsere Zukunftslandschaften erhalten und gestalten – für Artenvielfalt, Klimaschutz und gesunde Nahrungsmittel.....3
- 2. Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzen – Aufbruch mit einem 100-Tage-Klimaschutz-Gesetzespaket4
- 3. Renaturierung – unsere Ökosysteme als natürliche Klima-Retter bewahren und wiederherstellen5
- 4. Unsere Meere entrümpeln – Altmunition raus aus Nord- und Ostsee6
- 5. Ländlichen Raum lebenswert gestalten – klimafreundlich und mobil.....7
- 6. Nachhaltige und gerechte Mobilität für alle – eine Pause für den Autobahn-Neubau 8
- 7. Mitentscheiden über unser morgen – Demokratie durch Bürger*innen-Beteiligung stärken9
- 8. Wissen und Werte – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für alle9

1. Unsere Zukunftslandschaften erhalten und gestalten – für Artenvielfalt, Klimaschutz und gesunde Nahrungsmittel

Herausforderung: Wie stoppen wir das Artensterben, und zwar schnell? Wie erreichen wir bis 2030 eine Trendwende für den guten Zustand und die Vielfalt von Arten und Lebensräumen? Wie erreichen wir die bis 2050 vereinbarte Renaturierung von Gebieten und derer Wiederherstellung der Biodiversität?

Faktenlage und Chancen: Die Lage der Natur in Deutschland ist in vielen Regionen dramatisch. Mehr als zwei Drittel der zu schützenden Arten sind in einem „ungünstigen Erhaltungszustand“, fast die Hälfte der Lebensräume zeigt einen negativen Entwicklungstrend. Diesen Trend müssen wir stoppen und umkehren – mit einer naturverträglichen Landwirtschaft, die Raum für die Natur lässt und Humus aufbaut, sowie mit Schutzgebieten auf See und an Land, die ihren Namen verdienen. Letztere können zudem als Nationalparks, Biosphärenreservate oder Wildnisgebiete wertvolle Beiträge leisten zur Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum.

Darüber müssen wir sprechen: Wie sehen unsere Zukunftslandschaften in Deutschland aus, die den Erhalt der Artenvielfalt, den Klimaschutz und den Schutz von Boden, Luft und Wasser sichern? Wie stellen wir gleichzeitig eine nachhaltige Lebensmittelversorgung, ein gutes Einkommen für Landwirt*innen und faire Preise für Erzeuger*innen sicher? Wie können uns Technik und Digitalisierung dabei helfen? Welche Verantwortung hat der Staat gegenüber Verbraucher*innen?

Wir fordern:

- Um unser **Schutzgebietsnetzwerk an Land und auf See** ausreichend zu finanzieren, muss eine Gemeinschaftsaufgabe für Biodiversität und Renaturierung ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- **Mindestens 50 Prozent der deutschen Meeresschutzgebiete** in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nord- und Ostsee müssen ausnahmslos frei von menschlicher Nutzung sein.
- **Eine grundlegende Umgestaltung des Fördersystems für die Landwirtschaft:** Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu einer nachhaltigen Landnutzungs- und Ernährungspolitik wird. Bis 2028 müssen die pauschalen Flächenprämien durch ein ökologisch wirksames und gerechtes Honorierungssystem für konkrete Umweltleistungen der Landnutzer*innen ersetzt werden. Damit dies gelingt, muss die neue Bundesregierung alle Möglichkeiten für einen schrittweisen Ausstieg aus den Direktzahlungen nutzen. Durch eine Umschichtung aus der Ersten in die Zweiten Säule der GAP muss mindestens eine Milliarde Euro jährlich für gezielte Biodiversitätsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.
- **Refugien für die Artenvielfalt auf zehn Prozent der Agrarlandschaft:** Die Bundesregierung muss im Einklang mit dem Europäischen Green Deal dafür sorgen, dass zehn Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ausschließlich für die Produktion von Ökosystemleistungen und nicht für den Anbau genutzt werden. Die Schaffung einer ausreichenden Strukturvielfalt in der Gesamtlandschaft ist essentiell für das Erreichen der Biodiversitätsziele und muss eine Grundbedingung für staatliche Förderung wie auch ein Kernziel von Anreizprogrammen werden.

- Um unabhängig vom Fördersystem die **Natur- und Klimaverträglichkeit der Praxis von Land- und Forstwirtschaft** sicherzustellen, muss die Förderung entsprechend umgestellt werden und ein neuer **gesetzlicher Rahmen** geschaffen werden. Hierzu zählt eine Novellierung des Bundeswald- ebenso wie des Landwirtschaftsgesetzes bzw. eine Konkretisierung der rechtsverbindlichen Standards der „guten fachlichen Praxis“. Insbesondere gilt dies für das Erreichen der Ziele der EU Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategien.
- **Nationales Naturerbe ausbauen:** Die Bundesregierung muss **auf eine weitere Privatisierung von Bundesflächen im ländlichen Raum dauerhaft verzichten**. Diese Flächen sind im Interesse der biologischen Vielfalt und der regionalen Wertschöpfung als Trittsteine im nationalen Biotopverbund, als Arrondierungs- oder Tauschflächen für die Erweiterung des Nationalen Naturerbes und von Wildnis-Gebieten, für zielgerichteten Gewässer- und Auenschutz sowie zur Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Die Flächen sollen mit einer entsprechenden Zweckbindung im öffentlichen Eigentum verbleiben oder an andere Körperschaften übertragen werden, die auf ihnen die genannten Ziele dauerhaft sicherstellen. Der Verzicht auf die Privatisierung von Bundesflächen im ländlichen Raum leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der neuen internationalen Biodiversitätsziele.
- Die Bundesregierung muss für ihr Ziel, auf zwei Prozent der Landesfläche wieder **großflächige Wildnisgebiete** zu schaffen, ihr Engagement weiter verstärken und finanziell angemessen untersetzen. Hierzu sollte insbesondere eine Verbrauchsstiftung mit einer Mindestausstattung von 500 Millionen Euro eingerichtet werden, aus der der Erwerb von Flächen und Nutzungsrechten, aber auch Folgekosten, finanziert werden.

2. Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzen – Aufbruch mit einem 100-Tage-Klimaschutz-Gesetzpaket

Herausforderung: Wie schaffen wir es, dass Deutschland einen fairen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits leistet? Wie können wir den Rückstand Deutschlands beim Klimaschutz aufholen?

Faktenlage und Chancen: Das Zeitfenster, die Klimakrise noch abzuwenden, schließt sich in enormem Tempo. Die Wissenschaft ist sich einig: Wir brauchen schnelle Emissionsminderungen, einen beschleunigten Ausbau der naturverträglichen erneuerbaren Energien und einen schnellen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern – beim Heizen, der Mobilität und der Stromerzeugung. Und wir müssen schnellstmöglich klimaneutral wirtschaften – modern, ökologisch und mit sozialem Ausgleich. Klimaschutz kann zum großen Innovationsmotor bei der Modernisierung unserer Wirtschaft werden – mit der Aussicht darauf, zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze sowie neue regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen.

Darüber müssen wir sprechen: Mit welchen Maßnahmen stoppen wir jetzt schnell und wirksam das Fortschreiten der Klimakrise? Welche technisch-ökonomischen Innovationen helfen uns? Wie gelingt uns der Klimaschutz sozial gerecht (nichts ist unge-

rechter als kein Klimaschutz)? Und wie wird Klimaschutz zum Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland?

Wir fordern:

- **Mit einem 100-Tage-Klimaschutz-Gesetzespaket gleich am Anfang der Legislaturperiode die Weichen neu zu stellen:** Das Paket muss Sofortmaßnahmen umfassen zur Beschleunigung des Kohleausstiegs, mit Maßnahmen für mehr Energie- und Ressourceneffizienz, einer Erhöhung der Ausschreibungsmengen für naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien, einer Aufhebung der erhöhten Pendlerpauschale, ein Moratorium für den Fernstraßen-Neubau, eine Anhebung der CO₂-Bepreisung, eine nach CO₂ differenzierte LKW-Maut und eine Anpassung des Klimaschutzgesetzes an die neuen Klimaziele der Europäischen Union: Die Klimaneutralität muss deutlich vor 2050 erreicht und das Klimaziel für 2030 auf mindestens -70 Prozent gegenüber 1990 angehoben werden.
- **Keine staatlichen Subventionen für fossile Energieträger:** Die Bundesregierung muss das Dieselprivileg abbauen und sich im Zuge der Novellierung der europäischen Energiesteuer-Richtlinie für ein sofortiges Ende der Steuerbefreiung von Kerosin und marinen Kraftstoffe einsetzen. Nicht geben darf es Mautausnahmen und Kaufzuschüsse für gasbetriebene LKW, Förderungen für die Installation von LNG-Antrieben auf Schiffen, ebenso wenig eine staatliche Förderung für den Aufbau von LNG-Importterminals.
- **Kreislaufwirtschaft auf ein nächstes Level heben:** Die Bundesregierung muss als Bestandteil ihrer Klimapolitik eine Kreislaufwirtschaftsstrategie entwickeln in der ihre Einzelstrategien, wie die Rohstoffstrategie und die Programme zur Abfallvermeidung, zum nachhaltigen Konsum sowie zur Ressourceneffizienz zusammengeführt werden. Das Verpackungsgesetz und das Kreislaufwirtschaftsgesetz müssen verbessert werden und der Mindesteinsatz von Recyclingmaterialien verpflichtend werden.
- **Ausbau der erneuerbaren Energien:** Die Bundesregierung muss den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und verstetigen; ihr Anteil am Strom-Mix muss jährlich um mindestens 3,5 Prozent steigen. Dafür ist unter anderem eine verbindliche Regionalplanung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nötig. In schnellen Schritten sollen alle geeigneten Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden.

3. Renaturierung – unsere Ökosysteme als natürliche Klima-Retter bewahren und wiederherstellen

Das müssen wir erreichen: Die Wiederherstellung von Ökosystemen in ihren Funktionen und der Artenvielfalt. Mindestens 15 Prozent der Landes- und Meeresflächen sollen für Renaturierungs-Projekte vorgesehen werden.

Faktenlage und Chancen: Natürliche Kohlenstoffsenken wie Moore, naturnahe Wälder, artenreiches Grünland, Auen, Flüsse und Meere sind unsere natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Sind sie gesund, erweisen sich diese Ökosysteme als besonders widerstandsfähig. Sie tragen nicht nur entscheidend zur dauerhaften

Bindung von Kohlenstoff bei, sondern sind zugleich auch wertvoller Lebensraum für zahlreiche Arten. Eine Investitionsoffensive in die Wiederherstellung unserer natürlichen Klima-Retter ist ein Gewinn für die Biodiversität und schafft Entwicklungsimpulse im ländlichen Raum,

Darüber müssen wir sprechen: Wie machen wir unsere Wälder, Gewässer und Meere widerstandsfähig gegen die Folgen der Klimakrise? Welche Landschaften und Ökosysteme eignen sich am besten für Renaturierungsoffensiven? Wie viel echte Wildnis wollen wir? Wie bringt sich Deutschland in die europäischen und weltweiten Bemühungen zur Renaturierung ein?

Wir fordern:

- Einen **Renaturierungsplan für Deutschland** zur Wiederherstellung von Ökosystemleistungen und Artenvielfalt, der sich auf mindestens 15 Prozent der Landes- und Meeresfläche bezieht. Darüberhinaus muss festgesetzt sein, dass bis zum Ende der Legislaturperiode die Umsetzung von mindestens einem Viertel der Projekte erfolgt.
- Ein **nationaler Fonds zur Wiederherstellung von Ökosystemen (Renaturierungsfonds)** in Höhe von 500 Mio. EUR jährlich zur Förderung von Projekten gesamtstaatlicher Bedeutung. Dieser dient dazu die bestehende Bundesprogramme zu bündeln und legt einen neuen Schwerpunkt auf großflächige Renaturierung von Ökosystemen für Artenvielfalt und Klimaschutz.

4. Unsere Meere entrümpeln – Altmunition raus aus Nord- und Ostsee

Das müssen wir erreichen: Ein Programm zur naturverträglichen Bergung von Altmunition in Nord- und Ostsee erarbeiten - bis spätestens 2024 und vor Beginn einer Umsetzung.

Faktenlage und Chancen: Fast zwei Millionen Tonnen Kriegsaltlasten lagern als tickende Zeitbomben am Grund von Nord- und Ostsee. Diese Hinterlassenschaften sind nicht nur eine Gefahr für gestresste marine Ökosysteme, sondern auch für die Fischerei, die Schiffssicherheit und den Tourismus. Denn immer wieder kommt es zu Munitions- und Sprengstoff-Funden an den deutschen Küsten. Heute besteht noch die Möglichkeit, Alt-Munition zu finden und zu bergen. Wenn die metallischen Hüllen jedoch vollständig zersetzt sind, ist der Sprengstoff nicht mehr auffindbar. Der Bund muss daher jetzt gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur naturverträglichen Bergung und sprengungsfreien Entsorgung von Munitionsaltlasten aufsetzen. Damit kann und soll Deutschland zum Vorreiter im Umgang mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee werden.

Darüber müssen wir sprechen: Wie gelingt die Munitionsbergung aus Nord- und Ostsee naturverträglich? Wie können die technischen Kapazitäten ausgebaut und verbessert werden? Wie kann eine dauerhafte Finanzierung sichergestellt werden?

Wir fordern:

- **Fonds zur Bergung von Altmunition in Nord- und Ostsee** von 100 Mio. Euro, um ein Ostsee-Pilotprojekt zu starten und technische Kapazitäten der Munitionsentsorgung auszubauen.
- Eine **Langfristige nationale Strategie** zur flächendeckenden Kartierung, Bewertung und Bergung von marinen Kriegsaltslasten, die in europäische Lösungen einzahlt.
- **Ende einer Vermüllung der Meere durch alte Plastiknetze der Fischerei:** Die Bundesregierung muss die europäische Einwegplastik-Richtlinie dafür nutzen, die erweiterte Produzentenverantwortung effektiv auf den Fischereisektor anzuwenden.

5. Ländlichen Raum lebenswert gestalten – klimafreundlich und mobil

Das müssen wir erreichen: Der ländliche Raum muss aufgewertet und fit für die Zukunft gemacht werden.

Faktenlage und Chancen: Die Deutschen ziehen vermehrt in die Städte – oft, weil gute Infrastruktur im ländlichen Raum fehlt. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland ein und für den Abbau sozialer Gefälle. Dabei muss weit über das Thema Landwirtschaft hinaus gedacht werden. Investitionen in attraktive, klimafreundliche Gebäude mit bezahlbaren Mieten steigern die Attraktivität des Lebens auf dem Land. Nachhaltige, regelmäßige Mobilitätsangebote sichern die Wege – für alle sozialen Gruppen. Klimafreundliche Mobilität muss immer die naheliegende und attraktivere Wahl sein. Für die Planung einer Post-Corona-Zeit sind Sanierungsprogramme Impulsgeber, die Wertschöpfung in ganz Deutschland fördern und flächendeckend in allen Regionen gute und sichere Arbeit ermöglichen. Ein positiver Synergieeffekt ist der messbare Beitrag zum Klimaschutz.

Darüber müssen wir sprechen: Wie gelingt ein klimafreundliches und gleichzeitig bezahlbares Wohnen? Wie können die Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum klimafreundlich und sozial gerecht behandelt werden? Wie können die Bedürfnisse des ländlichen Raums verstärkt jenseits der Agrarpolitik diskutiert werden?

Wir fordern:

- **300.000 neue Tankstellen im ländlichen Raum bis 2025:** Damit immer mehr Menschen zuhause und am Arbeitsplatz ihr Auto mit Sonnenenergie tanken können braucht es insbesondere auf dem Land eine ausreichende Förderung privater Ladeinfrastruktur für Elektroautos in Kombination mit eigenen Solarstrom-Anlage.
- **Jetzt gibt's was auf's Dach:** Photovoltaik, Solarthermie und Dachbegrünung mit bis zu 50 Prozent der Kosten fördern.
- **Auftragswelle für das Handwerk vor Ort:** Raus mit der Ölheizung, rein mit der Wärmepumpe. Der Ersatz bestehender Öl- und Gasheizungen müssen durch Wärmepumpen stärker bezuschusst werden. Zielmarke der nächsten Legislaturperiode sollte es sein 1 Millionen Wärmepumpen in die Gebäude zu bringen.

- **Ausweitung der Handlungsspielräume der Kommunen in der Mobilitätspolitik:** Mit dem Bundesmobilitätsgesetz oder alternativ einer Reihe von Änderungen im Bundesrecht der Straßenverkehrsordnung, Gebührenordnung und Straßenverkehr, muss die Bundesregierung den Kommunen mehr Handlungsspielräume für die Umgestaltung zu einer klimaverträglichen Mobilität verschaffen.

6. Nachhaltige und gerechte Mobilität für Alle – eine Pause für den Autobahn-Neubau

Das müssen wir erreichen: Eine sozial gerechte Mobilitätswende.

Faktenlage und Chancen: Alle Menschen in Deutschland müssen mobil sein können. Viel zu oft ist das nicht der Fall, Chancen der Teilhabe sind nicht fair verteilt. Um den Verkehr künftig klimaneutral und sozial gerecht zu gestalten, müssen wir verstärkt in den öffentlichen Personennahverkehr und Schienen investieren. Dazu müssen gleichzeitig die Investitionen im Straßenbau runterfahren – denn Studien zeigen: neue Straßen führen nur zu neuem Verkehrsaufkommen. Seit Jahren ist der Verkehrsbereich der einzige Sektor, der seinen CO₂-Ausstoß nicht senken kann. Der Bundesverkehrswegeplan muss daher vollständig überarbeitet und künftig als schlüssiger Gesamtnetzplan an den Zielen des Klima-, Natur- und Artenschutzes ausgerichtet werden. Um in der Zwischenzeit irreparable Schäden abzuwenden, muss der Bau neuer Autobahnen und Bundesfernstraßen unverzüglich gestoppt werden. Diese Milliardenersparnis im Bundeshaushalt könnte in nachhaltige Mobilitätsangebote fließen. Ein weiterer Vorteil eines Autobahn-Moratoriums: Lebensräume bleiben erhalten, die Artenvielfalt wird gestärkt und die Luftqualität verbessert sich.

Darüber müssen wir sprechen: Wie schaffen wir eine nachhaltige und gerechte Mobilität für alle Menschen? Wie leiten wir schnell den Paradigmenwechsel in der Verkehrsplanung ein - weg vom Vorrang für das Auto, hin zu einer Stärkung des Umweltverbunds und integrierten Mobilitätslösungen auf Basis emissionsfreier Antriebe?

Wir fordern:

- **Investitionen in klimaverträgliche Mobilität:** Deutschland braucht neue Schienenwege, den Ausbau des ÖPNV, Radwegen und Fußgängerzonen. Die Bundesregierung muss im Sinne einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur für die klima- und umweltverträgliche Mobilitätswelt von morgen den Bundesverkehrswegeplan 2030 komplett neu aufsetzen; dabei müssen Aspekte des länderübergreifenden Biotopverbundes bzw. der Lebensraumkorridore integral berücksichtigt werden.
- **Eine Pause für den Autobahn-Neubau:** Ein Moratorium für den Bau von Bundesfernstraßen verhindert weitere, irreparable Schäden für den Natur- und Klimaschutz, bis ein sinnvolles Gesamtkonzept unter der Maßgabe des Natur-, Arten- und Klimaschutzes erarbeitet wurde.
- **Forcierung der Antriebswende:** Die Bundesregierung muss den Automobilherstellern Planungssicherheit geben und schon die Neuzulassungen von PKW und LKW mit Verbrennungsmotoren bis 2030 schrittweise auf Null verringern.

- **Ein Tempolimit** von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts rettet Menschenleben und hilft beim Klimaschutz.
- **Ein Bundesmobilitätsgesetz:** Um die diversen Fehlanreize in so unterschiedlichen Gesetzeswerken wie der Straßenverkehrsordnung, dem Bundesverkehrswegeplan und Landesgesetzen im Mobilitätsbereich abzustellen und im Sinne einer umfassenden Mobilitätswende auszurichten, muss die Bundesregierung ein neues Rahmenwerk - ein Bundesmobilitätsgesetz - schaffen.

7. Mitentscheiden über unser morgen – Demokratie durch Bürger*innen-Beteiligung stärken

Das müssen wir erreichen: Rechtssicher, umweltverträglich und zügig umgesetzte Infrastrukturprojekte durch frühe und umfassende Bürger*innen-Beteiligung.

Faktenlage und Chancen: Um den deutschen Klimabeitrag zu leisten werden wir die Wirtschaft und Mobilität schnell transformieren müssen. Infrastrukturprojekte erfahren grundsätzlich eine höhere Akzeptanz, wenn unter der Beteiligung der Bürger*innen darüber entschieden wurde. Es sind schnelle Umsetzungen von Infrastrukturmaßnahmen unerlässlich, zuvorderst in eine gute Schienen- und Radinfrastruktur. Damit dies gesellschaftlich akzeptiert gelingt, müssen wir demokratische Teilhabe und Bürger*innen-Beteiligung verbessern: Menschen sollen und müssen frühzeitig erfahren, welche Projekte vor ihrer Haustür geplant sind.

Darüber müssen wir sprechen: Welche Infrastruktur ist tatsächlich notwendig für ein klimaneutrales Deutschland? Wie werden die Bürger*innen-Beteiligung und demokratische Teilhabe gestärkt?

Wir fordern:

- **Anpassung der Planungsverfahren:** Dazu gehören verbindliche, frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, die Überprüfung von Bedarfs- und Auswirkungenprognosen, eine Kompetenzstelle für bessere Planung und Bürgerbeteiligung.
- **Aktive Veröffentlichungspflicht des Umweltinformations- und Informationsfreiheitsgesetz:** Um die Transparenz deutlich zu erhöhen, müssen Behörden umweltrelevante Informationen von sich aus im Internet veröffentlichen.

8. Wissen und Werte – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für alle

Das müssen wir erreichen: Alle müssen die gleichen Chancen auf Bildung bekommen, Bildung ist inklusiv und partizipativ. Bildung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung beteiligt alle an der Lösungsfindung für die globalen Herausforderungen

Faktenlage und Chancen: Bildung ist wesentlich, um Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen und geht über reine Wissensvermittlung hinaus. Gute Bildung ist entscheidend für einen fairen Start ins Leben und die Chancengleichheit und eine Investition in die Zukunft. Der Zugang zu Bildung muss daher gestärkt werden. Im formalen Bereich etwa müssen wir die große Chance der Digitalisierung nutzen und neue, bessere und wissenschaftsbasierte Angebote in Schulen schaffen – ebenso im non-formalen Bereich. Etwa zur Vermittlung von ökologischen Zusammenhängen, Konsum und Ressourcen, Artenkenntnis und demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Darüber müssen wir sprechen: Wie kann Bildungsarbeit formal und non-formal Menschen motivieren und befähigen, sich an Veränderungsprozessen aktiv zu beteiligen? Wie können Artenkenntnisse als Grundlage der Naturerfahrung in Lehrplänen stärker verankert werden?

Wir fordern:

- **Zugang zu Wissen und Beteiligungsprozessen** verbessern und weiterentwickeln.
- **Bessere digitale Angebote in Schulen** auf der einen und die Verknüpfung von Umweltbildung und Naturerleben auf der anderen Seite müssen gleichermaßen entwickelt und ausgebaut werden.